

Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund

Andreas M. Wüst und Thorsten Faas

GUTACHTEN



EMPIRISCHE
SOZIALFORSCHUNG

9

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund

Andreas M. Wüst und Thorsten Faas

Impressum

ISBN 978-3-96250-083-2

Herausgegeben vom

Forum Berlin
Friedrich-Ebert-Stiftung
Dr. Dietmar Molthagen
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Autoren

Andreas M. Wüst, Thorsten Faas

Lektorat

Gaby Rotthaus

Umschlagfotos

Titel: Boarding1Now/istockphoto.com
Rückseite: vchal/istockphoto.com
mucft, maxoidos/Fotolia.com

Gestaltung

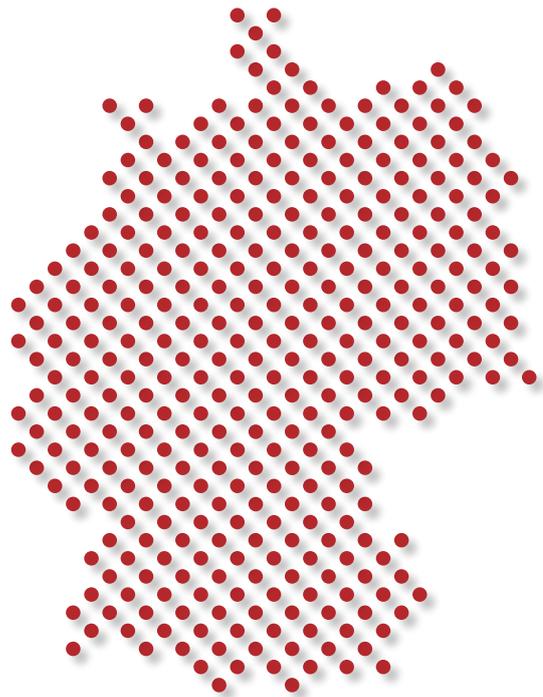
Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Druck

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

© 2018 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin
<https://www.fes.de/forum-berlin/>
<https://www.facebook.com/ForumBerlinFES/>

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES
herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche
Zustimmung durch die FES nicht gestattet.



Inhalt

Vorwort des Herausgebers	4
Einleitung	5
Zusammensetzung	7
Verfügbare Daten	10
Erklärungsansätze für die Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund	12
Empirische Befunde zur Wahlbeteiligung	13
Erklärungsansätze für politische Präferenzen von Menschen mit Migrationshintergrund	17
Empirische Befunde zu Parteipräferenzen	18
Ausblick und Fazit	21
Anhang Tabellen	23
Literaturverzeichnis	24
Abbildungsverzeichnis.....	26
Die Autoren	27

Vorwort des Herausgebers

Was denken Menschen über Politik und wie beurteilen sie die Funktionsfähigkeit der Demokratie? Diese Doppelfrage ist Ausgangspunkt aller Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung. Immer wieder versuchen wir, die politischen Einstellungen bestimmter Bevölkerungsgruppen zu ermitteln – seien es selbsterklärte Nichtwähler_innen, Angehörige der sogenannten „arbeitenden Mitte“ oder Bewohner_innen in Stadtteilen mit auffallend niedriger Wahlbeteiligung.

Der vorliegende Band der Publikationsreihe „empirische Sozialforschung“ fragt nach den politischen Einstellungen von Bürger_innen mit Migrationshintergrund. Dies ist erstens ein wachsender Teil der Gesellschaft, blickt man auf Prognosen der Bevölkerungsentwicklung. Zweitens sind es Menschen, deren politische Partizipation in der Summe unterdurchschnittlich ist. So ist die Wahlbeteiligung unter Menschen mit Migrationshintergrund niedriger, zugleich aber auch ihre Repräsentanz in politischen Gremien nur gering ausgeprägt. Dies haben in jüngerer Vergangenheit viele politische Beobachter_innen mit Blick auf den im September 2017 gewählten Bundestag betont, unter dessen Abgeordneten nur 58 oder umgerechnet 8,2 % einen Migrationshintergrund haben. Drittens stellt sich die Frage, inwiefern politische Einstellungen dieser

Bürger_innen von der eigenen oder familiären Migrationserfahrung geprägt sind, oder ob ganz andere Faktoren – man denke an soziale Lage, Bildungsbiografie, den Wohnort – das politische Denken stärker prägen.

Diese Fragen beantworteten Andreas Wüst und Thorsten Faas unter Berücksichtigung verschiedener empirischer Studien der vergangenen Jahre. Sie können dadurch am Ende auch beantworten, ob es überhaupt sinnvoll ist, aus den überaus verschiedenen Menschen mit Migrationshintergrund eine politische Bevölkerungsgruppe zu konstruieren. Die Friedrich-Ebert-Stiftung möchte mit diesem Gutachten einen Beitrag zu der Diskussion über angemessene Partizipation und Repräsentanz von Bürger_innen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland leisten. Zugleich möchten wir die oft emotionale Debatte um die Bedeutung von Migration und Integration versachlichen, indem hier aufgezeigt wird, welche politischen Einstellungsfolgen die Migrationserfahrung hat – und welche die Erfahrungen in der deutschen Gesellschaft.

Dr. Dietmar Molthagen

Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin
Arbeitsbereich empirische Sozialforschung

Einleitung

Deutschland ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem durch den Zuzug von Aussiedlerinnen und Aussiedlern sowie Arbeitskräften und ihren Nachkommen wieder zu einem Einwanderungsland geworden. Seit 1990 hat eine schrittweise Lockerung der sehr restriktiven Einbürgerungsbestimmungen aus dem Jahr 1913 (RuStAG) vielen Einwanderinnen und Einwanderern die Einbürgerung erleichtert. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts (StAG) zum Januar 2000 wurde das Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) um das Territorialprinzip (*ius soli*) ergänzt.

Diese Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts führte zu einer kontinuierlichen Erhöhung der Zahl deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit Migrationshintergrund von 7,7 Mio. (2005) auf 9,6 Mio. (2016). Dadurch hat sich auch der Anteil der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund¹ unter allen Wahlberechtigten auf mittlerweile 10,2 % erhöht; die Einführung des *ius soli* greift erst ab 2018 vollends, da die seit 2000 geborenen *ius soli* Kinder von nun an volljährig und wahlberechtigt werden.² Ganz unabhängig von der Anzahl weiterer Einwanderinnen und Einwanderer wird der Anteil der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund in den kommenden Jahren zunehmen.

Es wäre jedoch vereinfachend, von einem quasi stetig wachsenden „Block“ an Wählerinnen und Wählern mit Migrationshintergrund auszugehen, der den Ausgang von Wahlen immer stärker beeinflusst. Zum einen gehören Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund recht unterschiedlichen Gruppen (nach Herkunft und Religion, aber auch nach Bildung und Berufsstatus) an; zum anderen vollziehen sich innerhalb aller gesellschaftlichen Gruppen kontinuierlich Veränderungsprozesse, die in diesem Fall von gruppenspezifischen Integrationsprozessen be-

gleitet werden. Im Laufe der Zeit und vor allem im Generationenverlauf können sich daher politische Orientierungen und politisches Verhalten ändern. Ferner unterliegt der politische Wettbewerb in Deutschland (Parteien, Kandidatinnen und Kandidaten, Themen und Lösungsansätze) ebenfalls erheblichen Veränderungsprozessen. Daher können sowohl die Wahlberechtigten mit als auch diejenigen ohne Migrationshintergrund grundsätzlich von allen politischen Akteuren zur Beteiligung an einer Wahl und zur Abgabe der Stimme für eine Partei oder einen Kandidaten bzw. eine Kandidatin gewonnen werden. Schließlich können Ereignisse im Herkunftsland (bspw. in Russland oder in der Türkei) und die bilateralen Beziehungen dieser Länder zu Deutschland Einfluss auf politische Orientierungen in Deutschland haben, gerade bei Menschen mit entsprechendem Migrationshintergrund.

Zwar haben sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler seit Ende der 1990er Jahre (Wüst 2002) immer wieder mit Fragen nach der politischen Partizipation und Parteiwahl von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland beschäftigt (Wüst 2011), dennoch gehört der Themenbereich nicht zum Standardrepertoire wahlsoziologischer Analysen. Dies hat trotz gewachsener Gruppengröße mit dem vergleichsweise geringen Anteil an Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund zu tun sowie mit der eben skizzierten Heterogenität der Gruppe. Beides stellt empirische Forschung vor beachtliche Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf die nötigen Fallzahlen in Umfragen. Daher sind die Befunde zu politischen Einstellungen und Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund lückenhaft. Es bedarf deshalb sowohl weitergehender Analysen bereits vorhandener Daten als auch einer zufriedenstellenden (und das heißt: umfassenderen) Berücksichtigung von Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund in künftigen Studien.

¹ Die Angaben mit Bezug zur amtlichen Statistik erfolgen auf Grundlage der Definition des Statistischen Bundesamts.

² Mit der Einführung des *ius soli* konnten auch unter 10-Jährige mit ausländischer Staatsbürgerschaft die deutsche Staatsangehörigkeit auf Antrag erwerben (§ 40b StAG). Allerdings war dies nur bis zu einem Jahr nach Inkrafttreten des StAG möglich.

Um uns den politischen Einstellungen und dem politischen Verhalten von Menschen mit Migrationshintergrund einschließlich der damit verbundenen Folgen adäquat widmen zu können, werden wir im Folgenden in vier Schritten vorgehen. Zunächst klären wir in Form einer Beschreibung der Zusammensetzung der Gruppe deren Bedeutung und schaffen so eine Basis für weitergehende Analysen. Dazu können wir vor allem auf Daten der amtlichen Statistik zurückgreifen. Für weitergehende Analysen von Einstellungen und Verhaltensabsichten genügt diese Quelle allerdings nicht, weshalb wir im zweiten

Schritt einen Überblick geben über für Sekundäranalysen verfügbare Umfragedaten. Auf dieser Basis widmen sich die Abschnitte 3 und 4 dann der Wahlbeteiligung sowie der Parteiwahl von Menschen mit Migrationshintergrund³, wobei auch auf die vermittelnden Mechanismen, allen voran die politischen Einstellungen, eingegangen wird. Dabei geben wir zunächst einen Überblick über mögliche theoretische Zugänge, gefolgt von Darstellungen des Forschungsstands und runden dies punktuell durch eigene Sekundäranalysen ab. Wir schließen mit einem Fazit und Ausblick.

3 In den Sozialwissenschaften ist eine im Vergleich zur amtlichen Statistik leicht vereinfachte Operationalisierung des Migrationshintergrunds üblich. Einen Migrationshintergrund hat, wer entweder selbst mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit im Ausland geboren wurde oder ein Elternteil hat, das dieses Kriterium erfüllt.

Zusammensetzung

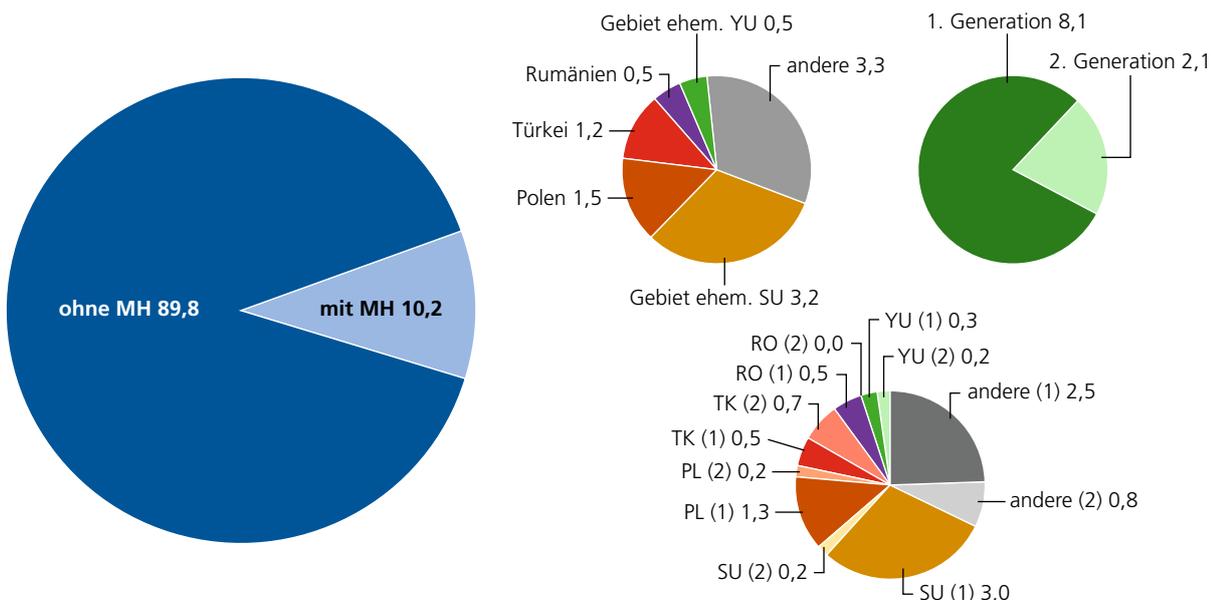
Gut ein Zehntel der wahlberechtigten Deutschen (im Alter von 18 Jahren und darüber) hat einen Migrationshintergrund. Es handelt sich dabei vor allem um Personen, die entweder selbst oder von denen zumindest ein Elternteil als Aussiedler oder Spätaussiedler nach Deutschland gekommen sind. Die größte Gruppe, nämlich ein knappes Drittel (3,2 % aller Wahlberechtigten) stammt aus Ländern des Gebiets der ehemaligen Sowjetunion, überwiegend dem heutigen Russland (1,2 %) und Kasachstan (1,2 %). Weitere 1,5 % stammen aus Polen und 0,5 % aus Rumänien. Auch wenn nicht alle Deutschen, deren Hintergrund in diesen Ländern liegt, deutsche Wurzeln haben, so gilt dies doch für den weit überwiegenden Teil dieser Wahlberechtigten.

Unter den Deutschen aus Nicht-Aussiedlerländern befinden sich vor allem Türkeistämmige und Menschen, die aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien stammen. Sie machen

1,2 % bzw. 0,5 % aller Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund aus. Wie heterogen die Gruppe der Menschen und damit auch der Wahlberechtigten ist, zeigt sich daran, dass weitere 3,3 % ihre Wurzeln in vielen verschiedenen, anderen Ländern haben.

Unter dem Blickwinkel der Integration ist die Frage nach Unterschieden zwischen verschiedenen Generationen von Menschen mit Migrationshintergrund von besonderer Bedeutung. Betrachtet man die Zusammensetzung nochmals aus dieser Perspektive, dann zeigt sich, dass der weit überwiegende Anteil (8,1 % aller Wahlberechtigten) eine *eigene* Migrationserfahrung besitzt und somit zur ersten Generation der Einwanderinnen und Einwanderer gehört. Dies betrifft ganz überwiegend die Wahlberechtigten aus Aussiedlerländern. Jeweils nur 0,2 % der Wahlberechtigten gehören den Nachfolgegenerationen aus ehemals sowjetischen Gebieten oder aus Polen an. Die Türkeistäm-

Abbildung 1: Zusammensetzung der Wahlberechtigten nach Migrationshintergrund, Herkunftsgebiet und Generation 2016 (in % aller Wahlberechtigten)



Quelle: Mikrozensus 2016.

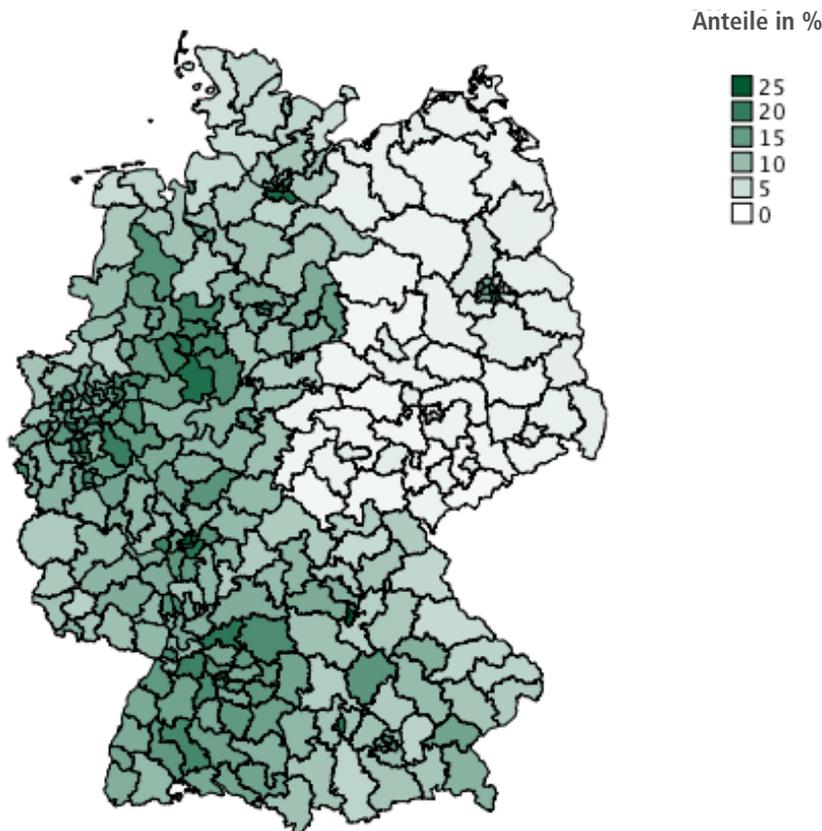
Die Zahlen in den Klammern weisen jeweils den Anteil der Personen erster (1) und zweiter (2) Einwanderungsgeneration aus.

migen ohne *eigene* Migrationserfahrung machen dagegen mit 0,7 % die größte Teilgruppe unter den Wahlberechtigten ohne eigene Migrationserfahrung aus. Hinzu kommen mit 0,2 % vor allem Deutsche, von denen ein Elternteil aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland gekommen ist.

Der jährlich erhobene Mikrozensus ermöglicht leider keine Differenzierung der Bevölkerung nach Migrationshintergrund in Wahlkreisen. Um ein Bild der regionalen Verteilung zeichnen zu können, muss deshalb auf Daten des

Zensus 2011 zurückgegriffen werden. Die Verteilung der Anteile der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund innerhalb Deutschlands zeigt zum einen ein Ost-West- und zum anderen ein Stadt-Land-Gefälle. Während es 2013 mit Ausnahme Berlins im Osten keine Wahlkreise mit einem nennenswerten Anteil an Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund gab, liegen die entsprechenden Anteile im Westen durchweg höher. In insgesamt elf Wahlkreisen – alle in Großstädten – lag der Anteil der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund über einem Fünftel der Wahlberechtigten insgesamt.

Abbildung 2: Anteil Wahlberechtigter mit Migrationshintergrund in Wahlkreisen 2013
(Datengrundlage: Zensus 2011)



Quelle: Wüst 2016 in German Politics 25 (3); Karte © Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (www.bkd.bund.de)

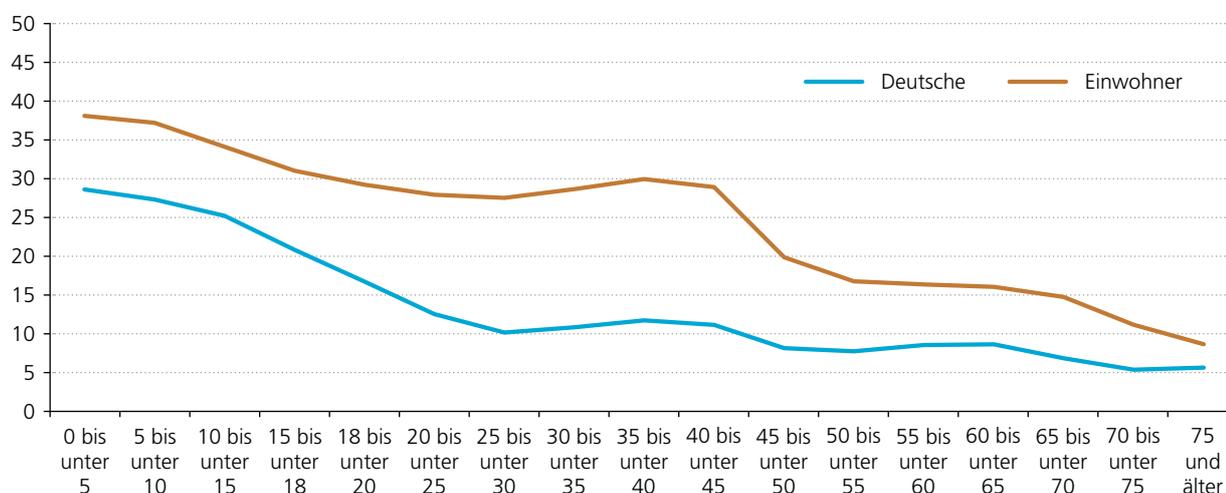
Durch die demographische Entwicklung und durch die Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 liegt der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund in den jüngeren Alterskohorten deutlich höher als in älteren. Bei den 0- bis unter 5-jährigen und den 5- bis unter 10-jährigen Deutschen beträgt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund über 37 %; bei den 10- bis unter 18-Jährigen liegt er noch über 30 %. Mit Blick auf die jüngeren Alterskohorten zeigt sich eine Annäherung des Anteils der Deutschen mit Migrationshintergrund und des Anteils der Menschen mit Migrationshintergrund an der gesamten Bevölkerung. Die weit überwiegende Zahl der in Deutschland geborenen Kinder mit Migrationshintergrund besitzt inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft durch Geburt.

Geht man weiterhin davon aus, dass es über diese natürlich nachwachsenden Generationen hinaus noch zu Einbürgerungen in den mittleren Alterskohorten kommen wird, dann ist ein weiterer, kontinuierlicher Anstieg des

Anteils der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund zu erwarten. Diese Entwicklung wird ab 2018 zunächst bei den jüngeren Wahlberechtigten sichtbar. Da jedoch die jüngeren Alterskohorten weniger Menschen umfassen als die älteren Alterskohorten (die 5- bis 10-Jährigen machen ungefähr die Hälfte der 50- bis 55-Jährigen aus), ist in naher Zukunft mit einem stetigen, aber keinem sprunghaften Anstieg der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund zu rechnen.

Prognosen zu zukünftigen Anteilen der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund an allen Wahlberechtigten liegen nicht vor. Konservativ geschätzt wird der Anteil im Jahr 2021 (also dem Jahr der voraussichtlich nächsten Bundestagswahl) auf mindestens 10,8 %, vier Jahre später (2025) auf mindestens 11,6 % ansteigen.⁴ Dabei wird vor allem der Anteil türkeistämmiger Wahlberechtigter überproportional ansteigen (auf mindestens 1,5 % aller Wahlberechtigten im Jahr 2025).

Abbildung 3: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an allen Deutschen bzw. Einwohnern nach Altersgruppen (in %)



Quelle: Mikrozensus 2016.

⁴ Für diese konservative Schätzung wird lediglich die Alterung der derzeitigen Bevölkerung (Stand: 2017) berücksichtigt, aber keine weiteren Wanderungsbewegungen, Einbürgerungen oder Todesfälle.

Verfügbare Daten

Daten zur Zusammensetzung der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund lassen sich sehr gut aus verfügbaren amtlichen Statistiken gewinnen; Informationen zu politischen Einstellungen und politischem Verhalten fehlen dort jedoch gänzlich. Wie in skandinavischen Ländern (Wass et al. 2015; Bergh/Bjørklund 2011; Togeby 1999) gibt es in Deutschland eine Repräsentative Wahlstatistik, doch ermöglicht diese lediglich eine Differenzierung der Wahlbeteiligung und der Parteiwahl nach Geschlecht und Altersgruppen, nicht nach Migrationshintergrund. Auch in den sogenannten Exit Polls, den repräsentativen Befragungen von Wählerinnen und Wählern nach Verlassen des Wahllokals durch Umfrageinstitute im Auftrag von Fernsehanstalten, wird nicht nach Migrationshintergrund differenziert. Daher müssen sich Analysen des Wahlverhaltens von Deutschen mit Migrationshintergrund primär auf Umfragedaten vor oder nach Wahlen stützen, denn der Rückgriff auf kleinräumige Aggregatdaten etwa zu Stadtteilen, würde neue Probleme mit sich bringen.

Eine Überblicksdarstellung zu verfügbaren Daten erarbeiteten bereits Stephanie Müssig und Susanne Worbs (2012). Danach ist es nur in wenigen Umfrageprogrammen gelungen, sowohl den Migrationshintergrund einschließlich notwendiger Differenzierungen als auch Fragen nach politischen Einstellungen bis hin zum Wahlverhalten gemeinsam zu erfassen. Für das Jahr 1999 und die zwölf Monate vor der Bundestagswahl 2002 wurden Zusatzfragen in die Politbarometer-Befragungen des

ZDF aufgenommen, die nachfolgend ausgewertet werden konnten (Wüst 2000, 2002, 2003a, 2003b, 2004). Seit 2002 wird der Migrationshintergrund im European Social Survey (ESS) kontinuierlich erhoben, seit 2009 auch im Vorwahl- und Nachwahl-Querschnitt der German Longitudinal Election Study (GLES).

Andere Umfrageprogramme ermöglichen zumindest die Analyse von interessierenden Teilaspekten. So erhebt das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) neben dem politischen Interesse die längerfristige Bindung an eine Partei, der Freiwilligensurvey (FWS) des Deutschen Zentrums für Altersfragen (2014) erfragte die Beteiligung an der Bundestagswahl 2013 und das Integrationsbarometer des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) erfasste 2015 die Parteineigung. Hinzu kommen Einzelstudien verschiedener Institutionen, deren Daten größtenteils nicht oder noch nicht für Sekundäranalysen zur Verfügung stehen, darunter vor allem Studien von Stiftungen wie der Konrad-Adenauer-Stiftung (Pokorny 2016).⁵ Im Rahmen dieses Gutachtens wird punktuell auf Befunde dieser Befragungen hingewiesen, auch wenn lediglich in die Daten der Konrad-Adenauer-Stiftung Einblick gewährt wurde. Schließlich konnte eine Studie der fünf größten Einwanderergruppen unter Berücksichtigung von drei Generationen in Baden-Württemberg („Integration gelungen?“) genutzt werden, die einige Fragen zur politischen Partizipation enthält und deren Daten über GESIS für Sekundäranalysen zur Verfügung stehen.

5 Es gibt darüber hinaus Veröffentlichungen von Daten, deren methodische Anlage nur teilweise geklärt werden konnte und die nicht für Sekundäranalysen zugänglich sind (z.B. endaX und Data-4U).

Tabelle 1: Migrationshintergrund im European Social Survey 2002 – 2016

	2002	2004	2006	2008	2010	2012	2014	2016	Gesamt
Fallzahl der Menschen mit MH (N)	277	286	302	352	390	422	410	421	2.860
Anteil (gewichtet)	11,1	11,6	12,3	14,7	15,8	17,4	16,1	17,8	14,6
1. Gen. (N)	112	137	143	145	164	199	171	145	1.216
2. Gen. (N)	165	149	159	207	226	223	239	276	1.644
Frühere SU (N)	40	65	77	82	84	96	76	61	581
Südeuropa (N)	15	29	35	26	50	41	49	56	301

Zum Zweck eigener Sekundäranalysen greifen wir auch auf die Kumulation der ersten acht Wellen des European Social Survey (2002 bis 2016, im Folgenden ESS) zurück. Wie Tabelle 1 zeigt, sind in der Kumulation ausreichend viele Menschen mit Migrationshintergrund interviewt worden, wobei ihnen sowohl spezifische Fragen zu ihrer

Migrationsbiografie als auch zu ihren Einstellungen und ihrem Verhalten gestellt wurden. Aus der Tabelle wird jedoch auch ersichtlich, wie stark die Fallzahlen abnehmen, sobald nach einzelnen Gruppen (hier: Personen aus der ehemaligen Sowjetunion und aus Südeuropa) differenziert wird.

Erklärungsansätze für die Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund

Zur Erklärung der Beteiligung an Wahlen wird vor allem auf das Civic Voluntarism Model von Sidney Verba, Kay Lehman Schlozman und Henry Brady (1995) zurückgegriffen. Neben der Ressourcenausstattung eines Individuums (er oder sie „kann wählen“) sind demnach motivationelle Faktoren („möchte wählen“) und mobilisierende Faktoren des Umfelds („soll wählen“) für die Wahlbeteiligung ausschlaggebend.

Zur Ressourcenausstattung zählen vor allem Bildungsgrad, Erwerbsstatus und – im Sinne von Erfahrung – das Lebensalter. Speziell mit Blick auf Menschen mit Migrationshintergrund und hier gerade für die erste Generation tragen Sprachkenntnisse und auch die Aufenthaltsdauer in Deutschland zu einer besseren Ressourcenausstattung bei. Als summarischer Indikator für die relevante Ressourcenausstattung kann auf die sogenannte internal efficacy, d.h. die subjektive Beurteilung der eigenen Fähigkeit, politische Fragen verstehen zu können, zurückgegriffen werden.

Während der Grad der internal efficacy die Befähigung zur politischen Partizipation widerspiegelt, liefert die external efficacy Informationen zum Grad der Motivation, sich politisch zu beteiligen. Unter external efficacy versteht man die Wahrnehmung des politischen Systems als responsiv, d.h. dass die eigene Partizipation, wiederum aus subjektiver Sicht, tatsächlich einen Einfluss auf Regierungshandeln und Politikergebnisse hat. Gerade bei der ersten Migrantengeneration kann das Fehlen einer demo-

kratischen Sozialisation im Herkunftsland das Ausmaß der external efficacy beeinträchtigen.

Darüber hinaus spielen die soziale Einbindung (z.B. in Form von Vereinsmitgliedschaften), die interpersonale politische Kommunikation und die politische Integration (andere Partizipationsformen) eine Rolle für die Motivation, sich politisch zu beteiligen. Die Mobilisierung von Wahlberechtigten erfolgt grundsätzlich durch Parteien, Kandidatinnen und Kandidaten, zumeist vermittelt über Medien oder aber im persönlichen Kontakt. Dabei scheint es für die zielgruppenspezifische Ansprache von Bedeutung zu sein, ob eine Gruppe von Wählerinnen oder Wählern groß oder klein ist, d.h. wie groß das Mobilisierungspotenzial ist. Dabei kann die direkte Ansprache für die Entscheidung, sich an einer Wahl zu beteiligen, ausschlaggebend sein (Heath et al. 2013: 132–153) und es könnte auch eine Rolle spielen, ob diese direkte Ansprache durch einen Angehörigen der gleichen Herkunftsland- bzw. ethnischen Gruppe erfolgt oder nicht.

Vor allem für Minderheiten ist der Grad des Zugehörigkeitsgefühls zu einem Gemeinwesen ein relevanter Faktor für die Motivation, sich zu beteiligen. Der Ausschluss aus einer Gesellschaft, etwa in Form von Diskriminierung, kann eigenes Engagement stark eingeschränken. Schließlich sollten thematische und personelle Angebote von Parteien und Kandidatinnen bzw. Kandidaten vorliegen, die geeignet sind, die Motivation zur Beteiligung für Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

Es ist schwierig, allein auf der Grundlage von Umfragedaten zu repräsentativen Ergebnissen zur Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten oder einzelner gesellschaftlicher Gruppen zu kommen: Zum einen ist die Beteiligung an einer Wahl sozial erwünscht, was häufig dazu führt, dass in Umfragen höhere Beteiligungsraten gemessen werden als in der Realität. Zudem haben Menschen mit hohem Interesse und hoher Beteiligungsbereitschaft auch eine höhere Wahrscheinlichkeit, an politischen Umfragen teilzunehmen. Beides führt zu einem systematischen Overreporting der Wahlbeteiligung in Umfragen (Beispiele: Faas 2013; Voogt/Saris 2003). Zudem wird die Wahlbeteiligung in Umfragen unterschiedlich abgefragt, häufig mit lediglich zwei Antwortoptionen („würde zur Wahl gehen“ oder „würde nicht zur Wahl gehen“; z.B. in der Regionalstudie BW), manchmal aber auch differenzierter mit mehreren Antwortoptionen wie in der GLES-Vorwahlumfrage („würde bestimmt“, „wahrscheinlich“, „vielleicht“ bis „wahrscheinlich nicht“ und „sicher nicht“ zur Wahl gehen). Insofern sollten die je nach Umfrage festgestellten Beteiligungsniveaus und -differenzen weniger als absolute Werte verstanden werden, sondern vor allem zur Orientierung der Unterschiede dienen, wohingegen die Analyse möglicher Erklärungsfaktoren für festgestellte Beteiligungsunterschiede zu einem Verständnis davon beiträgt, warum sich einzelne Personen oder Gruppen häufiger bzw. seltener an Wahlen beteiligen als andere.

In deskriptiven Analysen von Daten des ESS der Jahre 2002 bis 2008 konnten folgende soziodemografische und generationenspezifische Beteiligungsmuster aufgezeigt werden (Müssig/Worbs 2012: 31–34): Die erste Generation, Frauen und jüngere Personen mit Migrationshintergrund beteiligten sich seltener; dagegen korrelierte eine Erwerbsbeteiligung positiv mit der Wahlbeteiligung. Multivariate Analysen der Daten der GLES zur Wahlbeteiligung

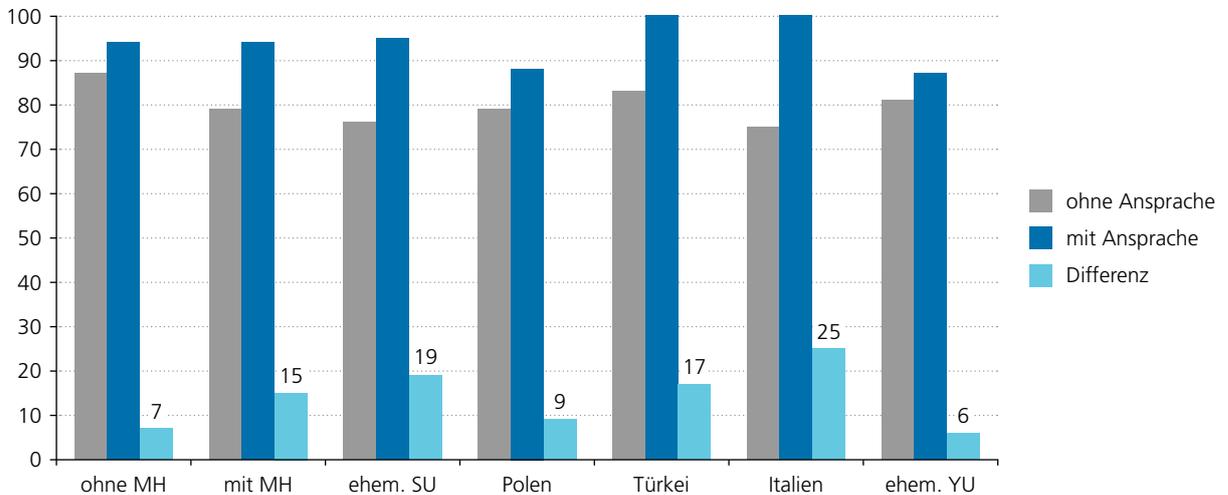
an der Bundestagswahl 2009 (Wüst 2011: 167–169) bestätigten vor allem den direkten und indirekten Einfluss der Generationszugehörigkeit auf die Wahlbeteiligung. Darüber hinaus zeigte sich, dass das Herkunftsland im Hinblick auf zwei Faktoren für die Wahlbeteiligung in Deutschland eine Rolle spielt: Einerseits ist die Sozialisation in einer Demokratie beteiligungsfördernd (ähnliche Ergebnisse auch für Finnland: Wass et al. 2015), andererseits werden Wahlberechtigte, die einer großen Migrantengruppe in Deutschland angehören, offenbar eher von Parteien mobilisiert als Angehörige kleinerer Gruppen (Wüst 2011: 168–170).

Ergänzend zu diesen vor allem ressourcenorientierten Analysen haben Soziologinnen und Soziologen der Universität Konstanz für die fünf größten Migrantengruppen der ersten bis dritten Generation in Baden-Württemberg den Einfluss einiger weiterer sozialer und motivationaler Faktoren auf die Wahlbeteiligung geprüft (Fick et al. 2014: 110–117). Neben Bildung und Alter erwiesen sich die Partizipation in einheimischen Vereinen und die Bleibeabsicht⁶ als stärkste Einflussfaktoren auf die Wahlbeteiligung, wohingegen sich Generationeneffekte hier nicht bestätigten.

Die Umfragedaten der regionalen Studie enthalten einen weiteren potenziell relevanten Faktor, der keinen Eingang in die multivariaten Analysen bei Fick et al. (2014) fand. Mit der Frage, ob man direkt angesprochen wurde, sich politisch zu engagieren, ist eine Variable verfügbar, die eine Abschätzung direkter Mobilisierungseffekte erlaubt. Die beschreibende Analyse (Abbildung 4) zeigt, dass eine explizite Aufforderung zum politischen Engagement insgesamt und vor allem in Bezug auf Wahlberechtigte aus Italien, aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und aus der Türkei einen erheblichen Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben kann.

6 Die Beteiligungsdifferenz zwischen Wahlberechtigten mit und ohne Migrationshintergrund fällt in dieser Studie mit acht Prozentpunkten gering aus; allerdings wurden auch nur die fünf größten Migrantengruppen befragt. Die Beteiligungsdifferenz steigt von sechs auf 23 Prozentpunkte, wenn die Gruppen derjenigen (ohne/mit MH) verglichen werden, die Deutschland in den nächsten Jahren verlassen möchten.

Abbildung 4: Wahlbeteiligungsabsicht in den fünf größten Einwanderergruppen in Baden-Württemberg ohne und mit direkter Ansprache zu politischem Engagement im Jahr 2013 (in %)



Quelle: Integration gelungen? (ZA 6761), Auswahl: Wahlberechtigte ohne MH und der 1. und 2. Generation; eigene Analyse und Darstellung.

Nun kann dieser vermeintliche Mobilisierungseffekt darauf zurückzuführen sein, dass gezielt angesprochene Wahlberechtigte sich aufgrund anderer Charakteristika und Einflüsse ohnehin eher an einer Wahl beteiligt hätten. Daher haben wir diesen Einfluss unter Kontrolle jener Einflussfaktoren geprüft, die auch das Konstanzer Team herangezogen hatte (Fick et al. 2014: 113). In unserer Analyse werden dabei – analog zu den anderen Studien, die wir hier behandeln – nur deutsche Staatsbürger ab 18 Jahren (Wahlberechtigte) berücksichtigt, d.h. wir haben eine hypothetische Wahlbeteiligung anderer Staatsbürger ausgeklammert (Tabelle 1 im Anhang). Es bestätigt sich, dass es neben dem bekannten Einfluss des Alters vor allem Ressourcen (Bildung), Motivation (Bleibeabsicht) und Mobilisierung (direkte Ansprache) sind, die sich förderlich auf die Wahlbeteiligung auswirken. Während die Herkunftsland- und Generationeneffekte alles in allem moderat ausfallen, kommen Faktoren der sozialen Einbindung wie Mitgliedschaften in Vereinen mit überwiegend deutschen Mitgliedern (positiv) und in Vereinen mit überwiegend ausländischen Mitgliedern (negativ) zur Erklärung der Wahlbeteiligung hinzu. Gerade der negative Effekt einer Mitgliedschaft in stärker ethnisch geprägten Vereinen zeigt, dass nicht jede Form von Sozialintegration automatisch

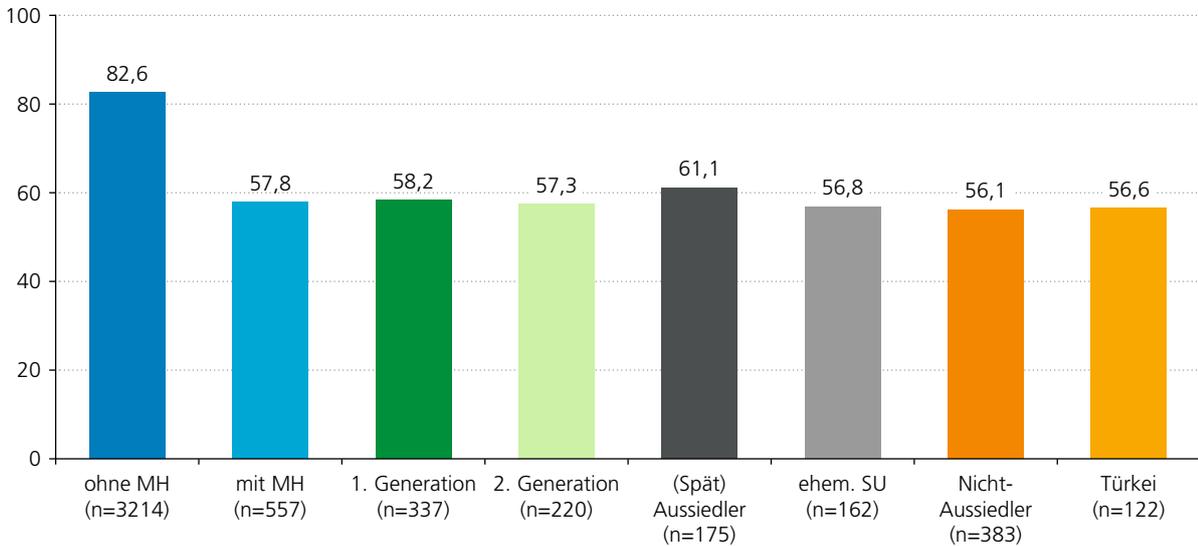
förderlich für die politische Partizipation ist – ein Muster, das auch aus der Sozialkapitalforschung bekannt ist: Mitgliedschaften in Vereinen wirken sich dann positiv auf politisches Engagement für das Gemeinwesen aus, wenn diese Mitgliedschaften zu einer gruppenübergreifenden, brückenbauenden Integration in die Gesellschaft führt, nicht aber Unterschiede zwischen Gruppen verfestigen.

Die Daten der GLES, die anlässlich der Bundestagswahl 2013 erhoben wurden (Abbildung 5), bestätigen an verschiedenen Stellen frühere Befunde. Unterschiede hinsichtlich Migrantengeneration bestehen 2013 nicht; auch mit Blick auf das Herkunftsland zeigen sich nur geringe Differenzen. Allerdings ergibt sich eine im Vergleich höhere Wahlbeteiligung derjenigen Befragten, die angeben, entweder selbst als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland gekommen oder deren Kinder zu sein (61 %). Menschen, die nicht zur Gruppe der Aussiedler gehören, geben an, sich seltener an der Wahl beteiligt zu haben (56 %).

Mit den GLES-Daten zur Bundestagswahl 2013⁷ lassen sich weitere Elemente, die einerseits zu den Ressourcen zu zählen sind, andererseits im Bereich Motivation verortet werden können, auf ihren Einfluss auf die Beteiligung

7 GLES-Querschnittsdaten zur Bundestagswahl 2017 (Vor- und Nachwahl) lagen bei Redaktionsschluss (Ende 2017) leider noch nicht vor.

Abbildung 5: **Berichtete Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 nach Migrationshintergrund (in %)**

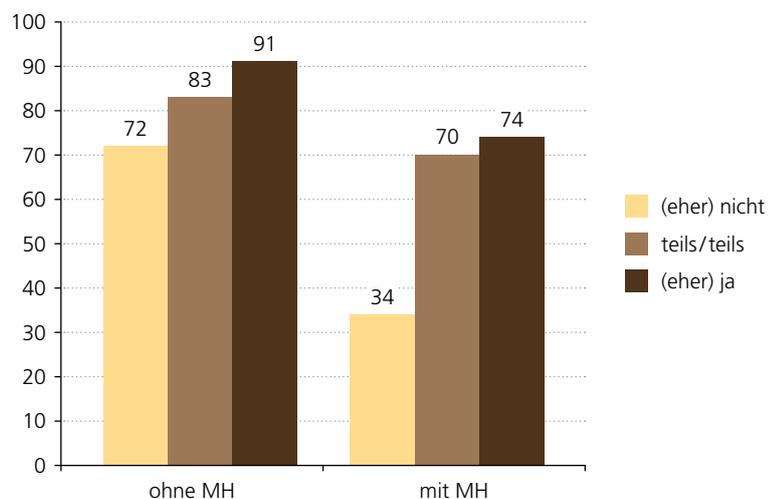


Quelle: GLES Vorwahl-Nachwahl-Querschnitt (ZA 5702), eigene Datenaufbereitung, Analyse und Darstellung.

an einer Wahl hin überprüfen. Ohne unmittelbaren Zusammenhang zu einem Migrationshintergrund zeigt sich – anders als in einer früheren Analyse von Wüst (2011: 168) –, dass die Wahlbeteiligung dann geringer ausfällt, wenn die im Haushalt gesprochene Sprache nicht die deutsche ist. Und: An je mehr Tagen Wahlberechtigte im Alltag über

Politik sprechen, desto höher ist die Motivation, sich auch an der Bundestagswahl zu beteiligen. Demgegenüber sinkt ihre Motivation beträchtlich, wenn sie annehmen, dass Parteien nicht an den Ansichten der Wählerinnen und Wähler, sondern nur an Wählerstimmen interessiert sind (external efficacy; siehe insgesamt Tabelle 2 im Anhang).

Abbildung 6: **Berichtete Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 danach, ob politische Sachverhalte verstanden werden können (in %)**



Quelle: GLES Vorwahl-Nachwahl-Querschnitt (ZA 5702), eigene Datenaufbereitung, Analyse und Darstellung.

Besonders interessant ist der migrantenspezifische Effekt der *internal efficacy* (Abbildung 6) auf die Wahlbeteiligung (vgl. Tabelle 2 im Anhang). Während unter denjenigen Wahlberechtigten ohne Migrationshintergrund, die angeben, politische Inhalte verstehen zu können, die Wahlbeteiligung 19 Prozentpunkte höher ist als bei Wahlberechtigten, die angeben, politische Inhalte nicht verstehen zu können, fällt dieser Unterschied bei den Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund mit 40 Prozentpunkten sehr viel höher aus. Fehlende *efficacy* kann also bei Menschen ohne Migrationshintergrund offenkundig durch andere Faktoren kompensiert werden; in Ermangelung solcher Kompensationen wirkt sich geringere *efficacy* bei Menschen mit Migrationshintergrund dagegen stark auf die Beteiligungsbereitschaft aus. Die Fähigkeit zum Verständnis politischer Inhalte hängt vor allem von struktureller Integration (Sprache, Bildung, Erwerbsarbeit) ab, aber auch davon, wie die Funktionsweise unseres politischen Systems sowie politische Sachverhalte vermittelt werden.

Wir wollen die Betrachtung der Wahlbeteiligung mit zwei deskriptiven Analysen auf Basis des European Social Survey beschließen, die bislang so in der Literatur nicht unternommen wurden: Welche Rolle spielen die Aufenthaltsdauer und etwaige Diskriminierungserfahrungen für die eigene Wahlbeteiligung? Tatsächlich wirken sich Diskriminierungserfahrungen negativ auf die Wahrscheinlichkeit eigener Wahlbeteiligung aus: Innerhalb der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund liegt die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung bei 79 Prozent, wenn keine Diskriminierungserfahrungen vorliegen, dagegen nur bei 59 Prozent, wenn es Diskriminierungs-

erfahrungen gibt, die mit dem Migrationshintergrund verknüpft sind. In der ersten Generation fallen diese Unterschiede besonders groß aus, bleiben aber auch in der zweiten Generation bestehen (Ceyhan 2012).

Positive Effekte hat dagegen eine (längere) Aufenthaltsdauer: Je länger Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland leben, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit ihrer Wahlbeteiligung. Wer erst seit fünf Jahren oder weniger in Deutschland lebt, dessen Wahlwahrscheinlichkeit liegt bei unter 50 Prozent, bei einer Aufenthaltsdauer von 5 bis 20 Jahren liegt diese bei 64 Prozent, von über 20 Jahren dagegen bei 80 Prozent und damit kaum niedriger als in der Gruppe der Menschen ohne Migrationshintergrund. Eine Angleichung der Beteiligungsbereitschaft von Menschen mit Migrationshintergrund ist demnach vor allem eine Frage der Zeit.

Insgesamt verdeutlichen der Überblick über den Forschungsstand sowie unsere ergänzenden Analysen, welchen unterschiedlichen Einflüssen das Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund unterliegt. Auch ihr Verhalten wird durch Einflussfaktoren, die sich ganz generell und unabhängig vom Migrationshintergrund auf politische Beteiligung auswirken, geprägt. Der Einfluss migrationspezifischer Faktoren kommt dann hinzu; allerdings zeigt der Blick auf die *internal efficacy* auch, dass allgemeingültige Faktoren bei Menschen mit Migrationshintergrund einen deutlich stärkeren Einfluss auf Partizipation haben können als bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Eine detaillierte Herausarbeitung dieser komplexen Mechanismen wird die vorliegende Datenlandschaft sicher nicht leisten können – dies bleibt Aufgabe zukünftiger Studien.

Erklärungsansätze für politische Präferenzen von Menschen mit Migrationshintergrund

Zur Erklärung politischer Präferenzen von Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund wird vor allem auf Ansätze der empirischen Wahlforschung zurückgegriffen, die das Wahlverhalten ganz allgemein erklären. Hierzu zählen Themen und Probleme, Zuschreibung von Lösungskompetenzen, Kandidatenpräferenzen und retrospektive Bewertungen von Partei- und Regierungspolitik (Wüst 2002). Analog zu den skizzierten Mustern bezüglich der Hintergründe der Wahlbeteiligung haben auch Analysen der Wahlentscheidung einzelner Migrantengruppen gezeigt, dass die üblichen Erklärungsansätze der Wahlforschung hier durchaus greifen; gruppenspezifische Wahlmuster bleiben jedoch auch dann erhalten (Bird et al. 2011: 66–106), wenn man die in den üblichen Erklärungsansätzen enthaltenen Faktoren berücksichtigt.

Diese Ergebnisse legen nahe, dass zur Erklärung der Parteilwahl von Menschen mit Migrationshintergrund weitere, d. h. vor allem migrationsspezifische Ergänzungen notwendig sind. Hierzu gehören – zumindest bei der ersten Generation – die politische Sozialisation im Herkunftsland (politisches Regime und Parteien), migrationsspezifische Erfahrungen (z. B. Unterstützung der eigenen Gruppe durch bestimmte Parteien) und die Sozialisation im Einwanderungsland (z. B. Aufenthaltsdauer).

Darüber hinaus ist nicht nur für die erste Generation von Bedeutung, welche Erfahrungen der Unterstützung bzw. Integration und welche Diskriminierungserfahrungen im Einwanderungsland gemacht werden, welche integrationspolitischen Positionen und welche Vorstellungen hinsichtlich gesellschaftlicher Vielfalt politische Parteien einnehmen. Hierzu gehört auch die Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten mit vergleichbarem Hintergrund, die häufiger gewählt werden (Bergh/Bjørklund

2011; Herbolzheimer/Wüst 2012). Und schließlich ist die parlamentarische Präsenz von Bedeutung, da Abgeordnete mit Migrationshintergrund nachweislich einen etwas anderen Wortschatz nutzen und etwas andere inhaltliche Schwerpunkte setzen (Blätke/Wüst 2017). Die Bedeutung auch deskriptiver Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen haben Debatten im Nachgang zur Bundestagswahl 2017 vor allem im Hinblick auf Frauen, aber auch auf jüngere Abgeordnete gezeigt.

Die Nähe oder Distanz von Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund zu einzelnen politischen Parteien hat offenbar auch mit dem Vertrauen zu tun, dass die Belange und Interessen der eigenen Gruppe auch im Konflikt mit der Mehrheitsgesellschaft vertreten werden (Tiberj 2011: 71). Generalisierend lässt sich von einem kulturellen Konflikt zwischen Vertreterinnen und Vertretern einer (homogen verstandenen) Mehrheitsgesellschaft und einer (heterogen verstandenen) pluralistischen Gesellschaft sprechen (Wüst 2004). Kulturelle Grundkonflikte zwischen dominanten Gruppen und Minderheitsgruppen waren im Zuge von Nationalstaatsbildungen üblich und anhaltend (Lipset/Rokkan 1967). Die dauerhafte Niederlassung von Menschen anderer Kulturen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und eine entsprechende Politisierung führten zu einer Aktivierung dieser kulturellen Konfliktlinie. Durch unterschiedliche Positionen entlang der kulturellen Konfliktlinie werden politische Parteien für verschiedene gesellschaftliche Gruppen und damit auch für Gruppen von Einwanderinnen und Einwanderern eher wählbar oder eher nicht wählbar. Schließlich können unterschiedliche Positionen der Parteien zur Politik im und gegenüber dem Herkunftsland eine Rolle für die Wahlentscheidung spielen, insbesondere dann, wenn die bilateralen Beziehungen politisiert werden.

Empirische Befunde zu Parteipräferenzen

Vergleichende Analysen des Wahlverhaltens zeigen, dass Einwandererinnen und Einwanderer sowie Menschen mit Migrationshintergrund eher Parteien wählen, die sich links von der Mitte positionieren (Messina 2006; Bird et al. 2011). Dies gilt in Frankreich sogar für die meisten ideologisch eigentlich konservativen Wählerinnen und Wähler mit Migrationshintergrund (Tiberj 2011). Dieses generelle Muster zeigt sich jedoch weder für alle Gruppen von Einwanderinnen und Einwanderern noch für jede Wahl. Sowohl in Nordamerika (DeSipio 1996; Ramakrishnan 2005) als auch in Europa (Bird et al. 2011: 66–106) gibt es immer wieder Abweichungen von der allgemein zu beobachtenden Präferenz für Parteien der politischen Linken.

Eine dieser Abweichungen stellen Aussiedler und Spätaussiedler in Deutschland dar, vor allem Russlanddeutsche. Wiederholt wurde eine außerordentlich starke Präferenz Russlanddeutscher für die CDU/CSU von über 70 % festgestellt (Wüst 2003; Fick et al. 2014). Zumindest bei der ersten Generation Russlanddeutscher ist diese Unterstützung der CDU/CSU auch eine Form von Dankbarkeit gegenüber der Union, weil sie es war, die einfache Möglichkeiten der Einwanderung von Aussiedlern nach Deutschland durchgesetzt hat. Dieser Aspekt wurde in der einschlägigen Literatur früh thematisiert (Wüst 2003) und im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 in Gesprächen mit Fokusgruppen bestätigt (Goerres et al. 2017). Zwischenzeitlich haben sich aber sowohl die längerfristigen Bindungen an die CDU/CSU gelockert (Kroh/Tucci 2010) als auch die Unterstützung bei Wahlen abgeschwächt (Wüst 2011). Neuere Ergebnisse zur Parteineigung (SVR 2016) bestätigen einerseits diese Trends, belegen aber andererseits eine nach wie vor starke Unterstützung der (Spät-)Aussiedler für die CDU/CSU. Dabei ist anzumerken, dass der Rückgang der Unterstützung für die Unionsparteien den kleineren Parteien (v.a. Linke und Grüne) zu Gute gekommen ist.

Darüber hinaus gibt es Indizien, dass Einwanderinnen und Einwanderer, die seit dem Jahr 2000 nach Deutschland gekommen sind und zu einem beträchtlichen Teil aus Osteuropa stammen, ebenfalls überwiegend der CDU/CSU

zuneigen (SVR 2016: 15). Es muss eingeschränkt werden, dass die Daten des SVR nicht zwischen zunächst folgenloser Parteineigung (ausländischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger) und durchaus politisch relevanter Parteipräferenzen (Eingebürgerter) differenzieren. Jedenfalls ist auch in anderen Ländern bereits eine konservativere politische Einstellung osteuropäischer Einwanderinnen und Einwanderer aufgefallen (Perez-Nievas 2011).

Ob die für diese Einwanderinnen und Einwanderer festzuhaltende Präferenz für die CDU/CSU etwas mit der Sozialisation in einem sozialistisch geprägten Herkunftsland zu tun hat (im Sinne einer „Gegensozialisation“) oder aber überwiegend konservativeren Grundhaltungen geschuldet ist, lässt sich bisher empirisch nicht klar belegen. Wahlberechtigte, die entweder selbst oder deren Eltern aus autoritären Ländern stammen, weisen jedenfalls nicht die unter Einwanderinnen und Einwanderern sonst übliche signifikante Präferenz für Parteien links der Mitte auf (Wüst 2011: 171–173); und die erste Generation unterscheidet sich hierbei nicht signifikant von der zweiten.

Das Wahlverhalten der größten Gruppe von Einwanderinnen und Einwanderern ohne deutsche Vorfahren, der Türkeistämmigen, passt dagegen gut in das aus der Forschung bekannte Muster einer stärkeren Präferenz für politisch linksorientierte Parteien. Die weit überwiegende Präferenz für die SPD von über 60 % um das Jahr 2000 (Wüst 2003) zeigt sich nicht mehr durchgehend, doch sind Gewinne für Parteien rechts von der Mitte sehr gering. Auch in der GLES, die 2013 unter Türkeistämmigen eine relative Mehrheit für die Grünen (37 %) vor der SPD (22 %) und der Linkspartei (16 %) gemessen hat, kam die CDU/CSU lediglich auf 13 % und die FDP auf 0 %. Es ist in dieser Gruppe nach wie vor eine merkliche Distanz zu den bürgerlich-konservativen Parteien feststellbar.

Im Hinblick auf Erklärungsansätze für die Parteipräferenz von Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund zeigt sich, dass es weder zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund klare Unterschiede der politischen Agenda gibt, noch zwischen verschiedenen Einwanderer-

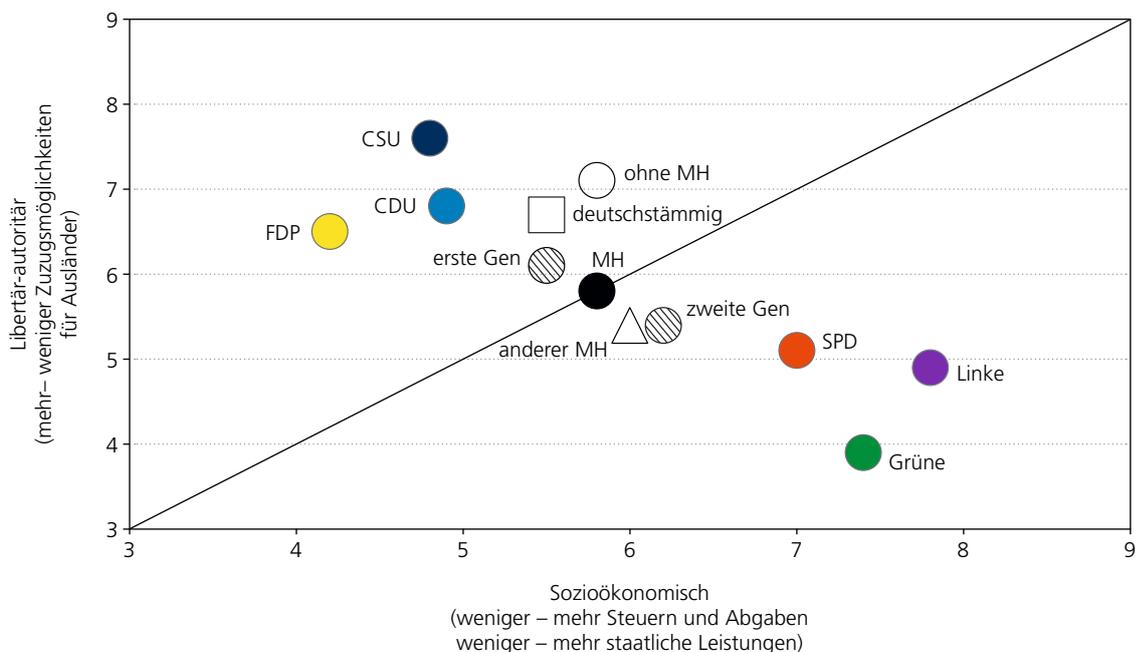
gruppen (Wüst 2014; Pokorny 2016: 77–78). Interessant ist jedoch, dass die Befragten mit Migrationshintergrund in der GLES-Studie 2009 trotz nahezu identischer Problemnennungen unterschiedlichen Parteien die Kompetenz zur Lösung der Themen und Probleme zuschreiben. Wahlberechtigte mit Aussiedlerhintergrund schreiben – bei gleicher Problemwahrnehmung! – der Union mehr Kompetenzen zu, andere Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund der SPD und den Grünen (Wüst 2014: 125), was auf Einflüsse tieferliegender Dispositionen hindeutet. Ein solches Muster ist allerdings bei den wahlberechtigten Befragten der Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung nicht oder nur schwach erkennbar (Pokorny 2016: 78–79).

Dass es dennoch Einstellungsunterschiede zwischen Wahlberechtigten mit und ohne Migrationshintergrund gibt, zeigen Analysen politischer Positionen. Für 2009 wurde dies bereits dokumentiert (Wüst 2014: 127–129). Betrachtet man die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Positionen verschiedener Gruppen im Vergleich zu den wahrgenommenen Parteipositionen anlässlich der Bundestagswahl 2013 (Abbildung 7), dann ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der Wahl zuvor. Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund stehen Zuzugsmöglichkeiten

für Ausländer offener gegenüber als Wahlberechtigte ohne Migrationshintergrund, vor allem Nicht-Aussiedler und in Deutschland Geborene. Diese beiden Gruppen befürworten auch höhere Steuern und Abgaben für mehr staatliche Leistungen. Dies sehen die (Spät-)Aussiedler und Menschen mit eigener Migrationserfahrung deutlich anders: sie wünschen sich weniger Zuzug, weniger Steuern sowie Abgaben und damit auch weniger Sozialleistungen.

Schließlich können Parteipräferenzen auch vom Diskriminierungspotenzial und Diskriminierungserfahrungen beeinflusst werden. Mit GLES-Daten, die vor und nach der Bundestagswahl 2009 erhoben wurden, zeigte sich bereits, dass Wahlberechtigte, die nicht als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland gekommen waren, jedoch türkische Wurzeln haben oder muslimischen Glaubens sind, signifikant häufiger andere Parteien als die CDU/CSU gewählt haben (Wüst 2011: 172–173). In der SVR-Studie des Jahres 2016 wurde gezielt nach persönlichen Diskriminierungserfahrungen gefragt und diese in Bezug zur Parteieigung gesetzt (SVR 2016). Dabei zeigt sich ein sehr ähnliches Muster (Abbildung 8): Während die Neigung für die Unionsparteien von 30 % (keine Diskriminierung erfahren) auf 14 % (hoher Grad an erfahrener Diskrimi-

Abbildung 7: Migrationshintergrund und Parteienwettbewerb 2013



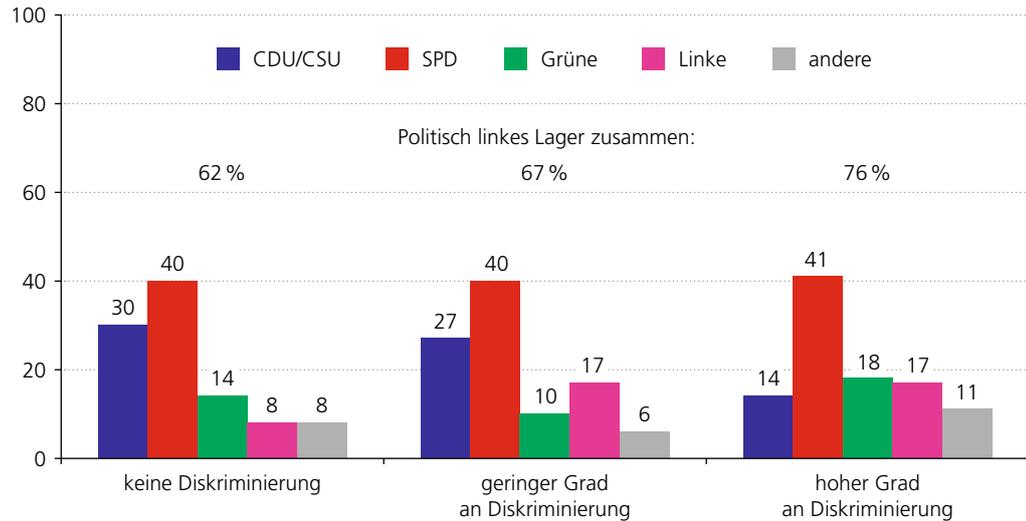
Quelle: GLES Vorwahl-Nachwahl-Querschnitt (ZA 5702), eigene Datenaufbereitung, Analyse und Darstellung.

nierung) sinkt, steigt analog die Präferenz für Parteien der politischen Linken von 62 % auf 76 %.

Insgesamt zeigt sich somit auch mit Blick auf politische und Parteipräferenzen ein Bild, wonach sich bei Menschen mit

Migrationshintergrund ein komplexes Wirkungsmuster ergibt: Über allgemein bekannte Erklärungsfaktoren bleiben auch spezifisch mit dem Migrationshintergrund verknüpfte Faktoren relevant; zusätzlich ergeben sich markante Unterschiede zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen.

Abbildung 8: Parteineigung nach Grad selbst erfahrener Diskriminierung 2016 (in %)



Quelle: SVR Policy Brief 2016–5: 21 (Befragte mit Migrationshintergrund ab 18 Jahren).

Eine Einwanderungsgesellschaft ist auch dadurch charakterisiert, dass zunehmend mehr Menschen mit Migrationshintergrund wahlberechtigt sind. Der Anteil von derzeit gut zehn Prozent wird in den kommenden Jahren wachsen. Dies liegt daran, dass von 2018 an Menschen, die seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 als deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger geboren wurden, zur wahlberechtigten Bevölkerung hinzukommen, während die Zahl der Wahlberechtigten ohne Migrationshintergrund aufgrund einer deutlich höheren Zahl an Sterbefällen (die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist im Durchschnitt deutlich jünger) überproportional abnimmt.

Insgesamt hat sich gezeigt, welche vielfältigen, teils widersprüchlichen Einflüssen die Einstellungs- und Verhaltenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund unterliegen. Dabei ähneln die Muster zwar häufig jenen, die wir aus Analysen von Menschen ohne Migrationshintergrund kennen; zugleich sind an vielen Stellen allerdings migrationspezifische Ergänzungen der Erklärungsmodelle notwendig. Unsere Ergebnisse zum Einfluss der Aufenthaltsdauer, der Bleibeabsicht, der Vertrautheit mit dem politischen System oder der persönlichen Mobilisierung auf die Wahlbeteiligung, aber auch die Befunde zum Einfluss politischer Erfahrungen im Aus- und Einwanderungsland und von Diskriminierungserfahrungen sowohl auf die Beteiligungsabsicht als auch auf parteipolitische Präferenzen, zeugen von der Notwendigkeit migrationspezifischer Anpassungen von Analysemodellen. Insgesamt aber muss festgehalten werden: Um diese migrationspezifischen Einflüsse und ihre genauen Wirkungswege genauer verstehen zu können, bedarf es weiterer Forschung auf Basis einer verbesserten Datenlage.

Obwohl sich seit Ende der 1990er Jahre die Anzahl derjenigen Umfragen erhöht hat, in denen zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden werden kann, besteht nach wie vor ein Mangel an aktuellen und repräsentativen Ergebnissen zu politischen Einstellungen und zum politischen Verhalten dieser Personengruppe. Die vorhandenen Daten ermöglichen es nur

in Ansätzen und meist auch nur für große Teilgruppen (Russlanddeutsche, Türkeistämmige), zentralen Forschungsfragen nachzugehen. So bestehen nur wenige und nicht ganz widerspruchsfreie Erkenntnisse über die Ursachen der niedrigeren Wahlbeteiligung von Deutschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Deutschen ohne Migrationshintergrund. Und hinsichtlich der Parteinähe konnten zwar plausible und von Daten durchaus gestützte Hypothesen zu möglicherweise wichtigen Faktoren aufgestellt werden, doch reichen die Befragtenzahlen insbesondere nicht dafür aus, die entscheidenden Faktoren der Parteinähe zu extrahieren und Bedeutungsverschiebungen im Zeitverlauf herauszuarbeiten.

Es besteht noch erheblicher Forschungsbedarf, auch im Hinblick auf die politische Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Praxis (Pfeffer-Hoffmann 2017). So gibt es jenseits der weithin bekannten, großen Gruppen von Einwanderinnen und Einwanderern (Russlanddeutsche und Türkeistämmige), die derzeit Gegenstand intensiverer Forschungsanstrengungen sind (Goerres et al. 2017), zunehmend neue Gruppen, deren politisches Verhalten weitgehend unerforscht ist. Hierzu zählen vor allem Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Osteuropa ohne deutsche Wurzeln seit der EU-Osterweiterung (seit 2004) und solche aus Südeuropa in Folge der Finanz- und Eurokrise (seit 2007). Parallel dazu hat sich auch die Parteienlandschaft verändert: Spätestens mit dem Einzug der AfD in den Bundestag stellt sich die Frage, inwieweit einerseits diese Partei für bestimmte Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund attraktiv ist und welche Auswirkungen andererseits die Präsenz der stark migrationskritischen AfD auf die Wahlbeteiligung und die Parteipräferenzen der verschiedenen Migrantengruppen hat.

Aus Sicht der empirischen Wahlforschung gibt es zum einen Fragen grundsätzlicher Natur, die intensiver behandelt werden sollten, und zum anderen besteht die Notwendigkeit, ältere Befunde auf ihre heutige Gültigkeit hin zu prüfen. Zu den grundsätzlichen Fragen gehört die Identifikation derjenigen Mechanismen, die Nähe bzw. Distanz bestimmter Gruppen zu den verschiedenen Par-

teien erzeugen. Dabei ist von besonderem Interesse, die entscheidenden Faktoren für eine Parteiwahl bei widersprüchlichen Orientierungen (z.B. konservative Wertorientierungen und Diskriminierungserfahrungen) herauszuarbeiten. Eine weitere Grundsatzfrage ist die Tiefe von Parteibindungen, insbesondere mit Blick auf das Grundmuster einer Präferenz für Parteien links der Mitte. Schließlich sind im Lichte zunehmend transnationaler Biographien die Prägungen im Herkunftsland, der Einfluss der Politik im Herkunftsland und der binationalen Beziehungen auf das politische Verhalten bisher vernachlässigte Aspekte, die behandelt werden sollten.

In jedem Fall bedarf es einer breiteren und aktuellen Datengrundlage mit einer ausreichend hohen Fallzahl an Menschen mit Migrationshintergrund aller Gruppen, um den verschiedenen (halb)offenen Fragen der politischen Partizipation der Menschen mit Migrationshintergrund intensiver nachgehen zu können. Hierzu bieten sich verschiedene Ansätze an:

(1) Eine groß angelegte Querschnittbefragung von Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund, die alle relevanten Gruppen in ausreichender Fallzahl abdeckt;

(2) Eine Einschaltung zentraler Fragen in einen kontinuierlich erhobenen Fragenbus;

(3) Eine Befragung von Wählerinnen und Wählern am Wahltag (Exit Poll), die ebenfalls erlauben würde, zentrale Fragen zu stellen;

(4) Mehrere lokale Befragungen in verschiedenen Kontexten, die es ermöglichen würden, ein auch räumlich differenziertes Bild der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund zu zeichnen. Solche lokale Befragungen hätten zudem den großen Vorteil, die Befragten klarer in ihren jeweiligen Informationskontexten zu verorten: Wie und wo sind sie integriert und engagiert? Welche Informationen erreichen sie aus welchen Quellen? Wie gehen sie damit um?

In jedem Fall lohnt eine weitere Beschäftigung mit den verschiedenen Aspekten der politischen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund – nicht nur aus wissenschaftlicher, sondern auch aus integrationspolitischer Perspektive. Integration endet nicht mit Spracherwerb, Ausbildungsabschlüssen oder einem Arbeitsplatz. Die soziale und politische Integration von Einwanderinnen und Einwanderern sowie ihren Nachkommen entscheidet mit darüber, ob eine Einwanderungsgesellschaft zusammenwächst und zusammenhält oder auseinanderdriftet.

Tabelle 2: Erklärungsfaktoren für die Beteiligung an einer Bundestagswahl in Baden-Württemberg (logistische Regression)

	Befragte ohne und mit MH (gleiche Gruppengröße)	
	Exp (B)	Wald
Weiblich (Ref.=Männlich)	+0,767	3,156
Alter	*0,929	4,987
Alter ²	**1,001	10,806
(Fach)Hochschulreife (Ref. = andere Abschlüsse)	***3,613	34,631
Binationales Elternhaus	1,443	1,212
Großstadt	1,033	0,047
Deutschland verlassen? (Ref. = in einigen Jahren)		
Innerhalb 12 Monaten	*0,343	4,023
Nein	***2,194	17,075
Deutschkenntnisse	0,947	0,244
Deutschland ist einladend	**1,216	8,472
Persönliche Ansprache	***2,465	11,567
Mitgliedschaften Vereine		
Mitglieder ohne MH	*1,579	5,820
Mitglieder mit MH	*0,656	4,878
MH Generation (Ref.=0)		
G1	0,972	0,008
G2	0,876	0,162
G3	1,260	0,301
Herkunftsland (Ref.=YU)		
Italien	**0,388	6,996
Polen	+0,600	3,127
Türkei	*1,940	4,066
Ehem. SU	0,721	1,230
Konstante	**9,510	11,116
Pseudo R ² (Nagelkerke)		0,179

Anmerkung: Befragte mit deutscher Staatsbürgerschaft ab 18 Jahren; Generationendefinition nach Klassifikation des Erhebungsinstituts (Infratest).

Quelle: Eigene Analysen von ZA 6761.

Tabelle 3: Erklärungsfaktoren für die Beteiligung an der Bundestagswahl 2013 in Deutschland (logistische Regression)

	Befragte ohne und mit MH (proportional)	
	Exp (B)	Wald
Weiblich (Ref.=Männlich)	0,855	2,410
Alter	**1,013	10,813
Alter ²	1,000	2,138
(Fach)Hochschulreife (Ref. = andere Abschlüsse)	***2,155	52,607
Partnerschaft	1,094	0,663
Erwerbstätigkeit	1,254	3,813
Gewerkschaftsmitgliedschaft	1,238	1,839
Vereinsmitgliedschaft	1,113	1,095
Besuch Gottesdienst	***1,832	36,952
efficacy	***1,382	21,102
external efficacy	***2,073	79,637
Gesprächstage über Politik	***1,407	77,814
Kontakt Wahlkreiskandidat(in)	*2,407	5,035
Andere HH-Sprache	**0,500	7,249
Migrationshintergrund	***0,522	22,853
efficacy*MH	**1,462	6,905
Konstante	***0,256	14,598
Pseudo R ² (Nagelkerke)		0,320

Anmerkung: Befragte mit deutscher Staatsbürgerschaft ab 18 Jahren.

Quelle: Eigene Analysen von ZA 5702.

- Bergh, Johannes/Bjørklund, Tor, 2011: The Revival of Group Voting: Explaining the Voting Preferences of Immigrants in Norway, in: *Political Studies* 59 (2), 308–327.
- Bird, Karen/Saalfeld, Thomas/Wüst, Andreas M. (Hg.), 2011: *The Political Representation of Immigrants and Minorities. Voters, Parties and Parliaments in Liberal Democracies*. London: Routledge.
- Blätte, Andreas/Wüst, Andreas M., 2017: Der migrationspezifische Einfluss auf parlamentarisches Handeln: Ein Hypothesentest auf der Grundlage von Redebeiträgen der Abgeordneten des Deutschen Bundestags 1996–2013, in: *Politische Vierteljahresschrift* 58 (2), 205–233.
- Ceyhan, Sara Yasemin, 2012: *Die politische Integration der zweiten Migrantengeneration in der Bundesrepublik Deutschland: Eine quantitativ-empirische Analyse der politischen Partizipation auf Grundlage des European Social Surveys*. Mainz: Universität Mainz (Magisterarbeit).
- DeSipio, Louis, 1996: *Counting on the Latino Vote. Latinos as a New Electorate*. Charlottesville: University of Virginia Press.
- Faas, Thorsten, 2013: Wahlbeteiligung, in: Deth, Jan W. van/Tausendpfund, Markus (Hg.), *Politik im Kontext. Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen*. Wiesbaden: Springer VS, 413–440.
- Fick, Patrick/Wöhler, Thomas/Diehl, Claudia/Hinz, Thomas, 2014: *Integration gelungen? Die fünf größten Zuwanderergruppen in Baden-Württemberg im Generationenvergleich*. Stuttgart: Ministerium für Integration.
- Goerres, Achim/Mayer, Sabrina Jasmin/Spies, Dennis, 2017: *The ‚Most German‘ Voters? A Focus Group Analysis of Identities, Political Issues and Allegiances to the Right among Ethnic Germans from the Soviet Union before the 2017 Bundestag Election*. Paper presented at the CES Conference 2017, Glasgow.
- Heath, Anthony F./Fisher, Stephen D./Rosenblatt, Gemma/Sanders, David/Sobolewska, Maria, 2013: *The Political Integration of Ethnic Minorities in Britain*. Oxford: Oxford University Press.
- Hunger, Uwe/Candan, Menderes, 2009: *Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg. Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)*. Nürnberg: BAMF.
- Herbolsheimer, Florian W./Wüst, Andreas M., *Migrationshintergrund: Fluch oder Segen bei der Ratswahl?*, *Stadtfor-*
schung und Statistik, 2/2012, 8–12.
- Klinger, Thorsten, 2001: Politische und gesellschaftliche Partizipation von Eingebürgerten in Hamburg, in: *Hamburg in Zahlen IV*, 132–135.
- Kroh, Martin/Tucci, Ingrid, 2009: Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten, in: *Wochenbericht des DIW Berlin* 47, 821–827.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.), 1967: *Party Systems and Voter Alignments. Cross National Perspectives*. New York: Free Press.
- Messina, Anthony, 2006: The Political Incorporation of Immigrants in Europe: Trends and implications, in: ders./Lahav, Gallya (Hrsg.), *The Migration Reader. Exploring Politics and Policies*. Boulder: Lynne Rienner, 470–493.
- Müssig, Stephanie/Worbs, Susanne, 2012: Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Working Paper 46 (Reihe Integrationsreport, Teil 10). Nürnberg; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

- Pérez-Nievas, Santiago, 2011: Party choice among immigrants and visible minorities in comparative perspective: Spain, in: Bird, Karen/Saalfeld, Thomas/Wüst, Andreas M. (Hg.), *The Political Representation of Immigrants and Minorities: Voters, Parties and Parliaments in Liberal Democracies*. London: Routledge, 96–98.
- Pfeffer-Hoffmann, Christian (Hg.), 2017: *Politische Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft*, Berlin: Minor.
- Pokorny, Sabine, 2016: *Was uns prägt. Was uns eint. Integration und Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern*. Berlin/Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Ramakrishnan, S. Karthick, 2005: *Democracy in Immigrant America. Changing Demographics and Political Participation*. Stanford: Stanford University Press.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), 2016: *Schwarz, rot, grün – welche Parteien bevorzugen Zuwanderer? Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2016–5*. Berlin: SVR.
- Tiberj, Vincent, 2011: Party choice among immigrants and visible minorities in comparative perspective: France, in: Bird, Karen/Saalfeld, Thomas/Wüst, Andreas M. (Hg.), *The Political Representation of Immigrants and Minorities. Voters, Parties and Parliaments in Liberal Democracies*. London: Routledge, 69–73.
- Togeby, Lise, 1999: Migrants at the polls: an analysis of immigrant and refugee participation in Danish local elections, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 25 (4), 665–684.
- Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry, 1995: *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge: Harvard University Press.
- Voogt, Robert J.J./Saris, Willem E., 2003: To Participate or not to Participate. The Link between Survey Participation, Electoral Participation, and Political Interest, in: *Political Analysis* (11), 164–179.
- Wolfinger, Raymond E., 1965: The Development and Persistence of Ethnic Voting, in: *American Political Science Review* 59 (4), 896–908.
- Wass, Hanna/Blais, André/Morin-Chassé, Alexandre/Weide, Marjukka, 2015: Engaging Immigrants? Examining the Correlates of Electoral Participation among Voters with Migration Background, in: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 25 (4), 407–424.
- Wüst, Andreas M., 2000: New Citizens - New Voters?, in: *International Migration Review* 34 (2), 560–567.
- Wüst, Andreas M., 2002: *Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland*. Opladen: Leske+Budrich.
- Wüst, Andreas M., 2003a: Das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B52, 29–38.
- Wüst, Andreas M., 2003b: Eingebürgerte als Wähler: Erkenntnisse aus der Bundesrepublik Deutschland, in: *Wiener Hefte – Migration und Integration in Theorie und Praxis*, 1 (1), 113–126.
- Wüst, Andreas M., 2004: Naturalised Citizens as Voters: Behaviour and Impact, in: *German Politics* 13 (2), 341–359.
- Wüst, Andreas M., 2011: Dauerhaft oder temporär? Zur Bedeutung des Migrationshintergrunds für Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2009, in: *Politische Vierteljahresschrift Sonderheft* 45 (hgg. von Rüdiger Schmitt-Beck), 157–178.
- Wüst, Andreas M., 2014: Politische Repräsentation von Migranteninteressen, in: Martin Morlok, Thomas Poguntke und Sebastian Bukow (Hg.): *Parteien, Demokratie und Staatsbürgerschaft. Politische Partizipation und Repräsentation in der Zuwanderungsgesellschaft*. Baden-Baden: Nomos, 119–136.
- Wüst, Andreas M., 2016: Incorporation beyond Cleavages? Parties, Candidates and Germany's Immigrant-Origin Electorate, in: *German Politics* 25 (3), 414–432.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Zusammensetzung der Wahlberechtigten nach Migrationshintergrund, Herkunftsgebiet und Generation 2016 (in % aller Wahlberechtigten)	7
Abbildung 2: Anteil Wahlberechtigter mit Migrationshintergrund in Wahlkreisen 2013 (Datengrundlage: Zensus 2011).....	8
Abbildung 3: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an allen Deutschen bzw. Einwohnern nach Altersgruppen (in %)	9
Abbildung 4: Wahlbeteiligungsabsicht in den fünf größten Einwanderergruppen in Baden-Württemberg ohne und mit direkter Ansprache zu politischem Engagement im Jahr 2013 (in %)	14
Abbildung 5: Berichtete Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 nach Migrationshintergrund (in %).....	15
Abbildung 6: Berichtete Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 danach, ob politische Sachverhalte verstanden werden können (in %).....	15
Abbildung 7: Migrationshintergrund und Parteienwettbewerb 2013	19
Abbildung 8: Parteineigung nach Grad selbst erfahrener Diskriminierung 2016 (in %).....	20
Tabelle 1: Migrationshintergrund im European Social Survey 2002 – 2016	11
Tabelle 2: Erklärungsfaktoren für die Beteiligung an einer Bundestagswahl in Baden-Württemberg (logistische Regression).....	23
Tabelle 3: Erklärungsfaktoren für die Beteiligung an der Bundestagswahl 2013 in Deutschland (logistische Regression).....	23

Dr. Andreas M. Wüst hat an der Universität Heidelberg und an der University of Delaware (USA) Politikwissenschaft studiert. 2002 wurde er an der Universität Heidelberg mit einer Arbeit über das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland promoviert. Zwischen 2002 und 2014 war er Post-Doc am MZES der Universität Mannheim und 2009–11 Lehrstuhlvertreter an den Universitäten Mannheim sowie Heidelberg. Seit 2018 ist er Lehrbeauftragter an der Universität Stuttgart. Seine Forschungsinteressen liegen in der Politischen Soziologie und in der Vergleichenden Regierungslehre. In Lehre, Forschung und in zahlreichen Fachpublikationen hat er sich vor allem mit Fragen der politischen Repräsentation, des Wahlverhaltens, individuellen Wahlkämpfen sowie mit Migrations- und Integrationsfragen beschäftigt.

Prof. Dr. Thorsten Faas hat an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und der London School of Economics and Political Science (LSE) Politikwissenschaft studiert. 2008 hat er an der Universität Duisburg-Essen mit einer Arbeit zum Thema „Arbeitslosigkeit und Wahlverhalten“ promoviert. Von 2009 bis 2012 war er Juniorprofessor an der Universität Mannheim und von 2012 bis 2017 Professor für Empirische Politikforschung an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Seit Oktober 2017 ist er Professor für Politische Soziologie der Bundesrepublik Deutschland am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Wahlen, Wahlkämpfen und Wahlstudien, online und offline.



ISBN 978-3-96250-083-2